

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal



Caritasverband
Wuppertal/Solingen e.V.



An die Kandidaten/-innen zur OB-Wahl

Frau Böth,
Herrn Jung,
Herrn Mucke,
Frau Petersen,
Herrn Schulz,

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht	Unser Zeichen	Datum
		Kroe	25.08.15

OB-Wahl am 13.09.15 / hier: „Offener Brief“ der AGFW

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

im Kontext der Oberbürgermeisterwahl am 13.09.15 hat die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal (AGFW) einen „Offenen Brief“ an die Kandidaten/-innen verfasst.

Wir möchten Ihnen in dieser Form unsere Sicht zu sozialen Problemlagen in Wuppertal mitteilen. Dies haben wir mit konkreten Beispielen aus unserer Arbeit und daraus resultierenden Erwartungen sowie Grundsatzfragen verknüpft.

Anlässlich unserer nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege am 03.09.15 haben wir entsprechend zu einem Pressegespräch eingeladen. Den Medienvertretern wird der Ihnen vorliegende „Offene Brief“ am 01.09.15 zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Fliege
Vorsitzender der AGFW
GF DRK – KV Wuppertal

Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal



Caritasverband
Wuppertal/Solingen e.V.



Wuppertal, 26.08.15

Offener Brief der AGFW an die Oberbürgermeisterkandidaten

Sehr geehrte Frau Böth,
sehr geehrter Herr Jung,
sehr geehrter Herr Mucke,
sehr geehrte Frau Petersen,
sehr geehrte Herr Schulz,

Sie alle bewerben sich für das höchste Amt in Wuppertal, was mit größtmöglicher Verantwortung verbunden ist. Für uns als Vertreter/-innen der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal ist dies mit einer hohen Erwartung an Ihre Person verbunden, welche wir zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt formulieren möchten:

Das Leben in Wuppertal ist bunt und vielfältig – wie auch die daraus resultierenden Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für die Wuppertaler und Wuppertalerinnen.

Investitionen in ein schöneres, moderneres Stadtbild und in wirtschaftliche Weiterentwicklung im Sinne gesamtstädtischer positiver Weiterentwicklung funktionieren nicht, ohne auch in den einzelnen Menschen zu investieren.

Die in Wuppertal lebenden Menschen benötigen in vielfältiger Ausprägung Unterstützung. Die Freie Wohlfahrtspflege registriert diese Bedarfe und reagiert mit unterschiedlichen weltanschaulichen und konfessionellen Facetten ihrer Arbeit darauf und bietet präventiv und interventiv Hilfestellung für unterschiedliche Lebensphasen und Situationen an. Diese reichen von der Frühförderung über vielfältige Unterstützungsangebote für Familien bis hin zu pflegerischen Versorgung für alte Menschen.

Wir erleben tagtäglich in unserer Arbeit was z.B. Armut, fehlende Bildung, Erkrankung und mangelnde Integration für den Einzelnen bedeuten (siehe Anlage).

Um eine Situationsverbesserung erreichen zu können, brauchen wir finanziell abgesicherte Arbeitsbereiche, um die benötigte Unterstützungsleistung auch weiterhin vorhalten zu können. Allerdings geht hierbei die Schere zwischen Zuschusshöhen und tariflicher Realität immer weiter auseinander, was eine Refinanzierung von bestimmten Angebotsbereichen perspektivisch - aber auch bereits zum jetzigen Zeitpunkt - immer schwieriger macht.

Wir brauchen Sie in dieser Problematik, als wichtigen Motivator auf dem Weg politischer Entscheidungsfindung!

Wir brauchen Sie bei der Realisierung eines „Sozialen Miteinanders“, um Leben, Lernen und Arbeiten in dieser Stadt für die Menschen attraktiv zu machen!

Letztendlich ist es unsere Aufgabe als Stadtgemeinschaft, finanzielle und konzeptionelle Lösungen für eine plurale und kulturell bunte Gesellschaft zu finden, die sich gegen gesellschaftliche Ausgrenzung sowie Diskriminierung stellt, wobei gesellschaftliche Teilhabe und der Dialog zwischen Menschen mit unterschiedlicher Religion und Kultur gefördert wird.

Unser gemeinsames, übergeordnetes Ziel sollte sein, Menschen zu helfen, die Hilfe benötigen!

Dafür benötigen wir eine stabile soziale Infrastruktur, die auch eine auf Zukunft ausgerichtete tragfähige Basis für Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet und die auch auf sich verändernde sozialer Bedarfe (wie z.B. Zuwanderung) noch reagieren kann.

Stellen Sie sich in diesem Sinne folgenden Grundsatzfragen, welche in der Anlage zu diesem Schreiben anhand von beispielhaften, konkreten Themen noch einmal aufgegriffen werden:

- Wie können wir zunehmender Verarmung- und Ausgrenzung gemeinsam entgegenwirken und den sozialen Frieden sichern?
- Wie können wir die Unterstützung von Menschen, die in sozialen und gesundheitlichen Notlagen sind, (finanziell) sicherstellen? Welche Prioritäten setzen wir dafür?
- Wie stellen wir uns den Herausforderungen der Europäischen Integration (Migration und Inklusion)?
- Wie ernst ist uns der Leitsatz „Kein Kind darf zurück gelassen werden!“ und was sind wir bereit dafür zu investieren?
- Welche Instrumente ermöglichen es uns, dass mit „Arbeit“ Hilfebedürftigkeit überwunden werden kann (Bsp. Sozialer Arbeitsmarkt)?
- Welche Hilfe zur Eingliederung und welche soziale Netze für Menschen am Rande der Gesellschaft sollten langfristig gesichert und ausgebaut werden?
- Wo ziehen wir die Grenzen zwischen marktwirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Verantwortung?

Für einen Dialog stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal

Reinhard Fliege

(Vorsitzender der AGFW, Geschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes - KV Wuppertal)

Leonid Goldberg

(Geschäftsführer des Jüdischen Wohlfahrtsverbandes Wuppertal/Solingen)

Frank Gottsmann

(Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt - KV Wuppertal)

Dr. Martin Hamburger

(Diakoniedirektor)

Dr. Christoph Humburg

(Caritasdirektor Wuppertal/Solingen)

Lutz Middelberg

(Geschäftsführer Der Paritätische - KG Wuppertal)

Die Koordination der AGFW liegt i. d. Händen von Frau Christina Kroening.

(Tel.: 0202-2544477 / christina.kroening@agfw-wuppertal.de)

Anlage

Positionen und Erwartungen an den neuen Oberbürgermeister / die neue Oberbürgermeisterin

Positionen und Erwartungen an den neuen Oberbürgermeister / die neue Oberbürgermeisterin anhand spezieller Themenbereiche

Deutsches Rotes Kreuz

Not wird bei der DRK- Kleiderkammer sichtbar.

Die Kleiderkammer des DRK Kreisverband Wuppertal ist in der Vergangenheit immer gut besucht worden - aber in letzter Zeit ist ein Ansturm zu verzeichnen. Besonders bei Familien mit Kindern sind häufig finanziell große Probleme vorhanden. Alles spricht vom „Aufschwung“, von „guten Wirtschaftszahlen“, aber wer die versteckte Not sieht wird sehr, sehr nachdenklich.

Deshalb muss die Politik verstärkt den Personenkreis, der sich in einer finanziellen Notlage befindet, besonders im Auge behalten und die städtischen Entwicklungsprozesse entsprechend lenken.

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!

Caritasverband Wuppertal/Solingen

In Wuppertal werden jährlich 23 Mio. EUR allein in Spielhallen "verzockt". Die Stadt hat dadurch Steuereinnahmen in Millionenhöhe.

Menschen, die von einer Spielsucht betroffen sind, verlieren oftmals dauerhaft ihre gesamte wirtschaftliche und persönliche Existenz. Oftmals erscheint die Situation für den Klienten ausweglos, eine Tatsache, die bis zur Suizidalität führen kann. Zudem geraten häufig auch Partner und Kinder in Mitleidenschaft.

Die Betroffenen schaffen in aller Regel den Ausstieg nicht ohne professionelle Hilfe. Deshalb fordern wir eine angemessene finanzielle Förderung der Spielerfachstelle in unserer Stadt.

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!

Diakonie

Willkommenskultur braucht Willkommensstruktur!

Wuppertal ist eine internationale Stadt, die seit vielen Jahren einen Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund verzeichnet. Wuppertal verfügt bereits über das vorbildliche Konzept der professionellen Sprach- und Integrationsmittlung. Dieses Konzept muss in der Kommune verankert und finanziell abgesichert werden. Zur interkulturellen Kompetenz gehört auch die Erhöhung der Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Kommune. Hierzu müssen Handlungsbedarfe eruiert und Lösungen gefunden werden.

Aufgrund der wachsenden Zahl der Senioren/innen mit Migrationshintergrund müssen die Einrichtungen der Altenpflege entsprechend vorbereitet werden (bspw. im Sinne kultursensibler Altenpflege, interkultureller Kompetenz).

Diakonie, Caritas und Arbeiterwohlfahrt betreiben seit mehr als drei Jahrzehnten drei große Integrationszentren. Die Arbeit der Migrationszentren muss zukünftig besser und nachhaltig abgesichert werden.

Zunehmend tritt die Kommune Wuppertal in Konkurrenz zur Freien Wohlfahrtspflege bei der Akquise von Bundes- und Landesmitteln des ESF. Wir aber müssen an einem gemeinsamen Strang bei den Bemühungen um Fördermittel ziehen, um zusätzliche Mittel nach Wuppertal holen und sinnvoll einsetzen zu können.

Wuppertal erlebt aktuell einen hohen Zuzug von Flüchtlingen. Eine besonders schutzbedürftige Gruppe sind die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Es stellen sich hierzu zwei Kernfragen: Wie kann deren schulische Integration optimal gelingen? Wie kann das erfolgreiche Projekt „Ehrenamtliche Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ in eine kommunale Regelfinanzierung überführt werden?

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!

Jüdischer Wohlfahrtsverband

Seit dem Zuzug russisch-sprechender jüdischer Migranten nach Wuppertal ist die Arbeit mit dieser Zielgruppe stetig angewachsen.

Zu den alltäglichen Integrationsaufgaben sind andere Aufgabenfelder hinzugekommen, denn die Summe der Ratsuchenden mit psychischer Beeinträchtigung ist in den letzten 5 Jahren immens gestiegen.

Akute Belastungsstörungen, späte Traumatisierungen und andere psychische Erkrankungen infolge der Migration treten immer häufiger zu tage, jedoch kann die Inanspruchnahme psychosozialer und therapeutischer Angebote größtenteils nicht rechtzeitig und ausreichend erfolgen, da es noch keine geeigneten Maßnahmen vor Ort gibt. Deshalb sollte in diesem Bereich die Versorgung zumindest durch alternative Dienste sichergestellt werden.

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!

Der Paritätische

Inklusion ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das durch die UN-Behindertenrechtskonvention sowie den Aktionsplan der Landesregierung hohe Priorität hat. Das Recht auf selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Handicap in allen gesellschaftlichen Bereichen wird heute von niemandem mehr in Frage gestellt.

In der Praxis erleben wir jedoch häufig, dass die erforderlichen Mittel zu Umsetzung von Inklusion in Kindergarten und Schule aber auch in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens von Bund, Land und Kommune nicht bereitgestellt werden. Aus der Diskussion um das Menschenrecht Teilhabe wird eine Diskussion um die Finanznot der öffentlichen Kassen. Auch in Wuppertal als Kommune im Stärkungspakt erleben wir, wie die Finanzlage der Stadt Teilhabe erschwert.

Aus der Erfahrung, dass eine engagierte inhaltliche Auseinandersetzung jenseits von Finanzierungs- und Verteilungsfragen Lösungen möglich macht, die gesellschaftlich weiter führen, erwarten wir vom zukünftigen Oberbürgermeister einen engagierten Diskurs im Querschnittsthema Inklusion.

Inklusion darf kein Sparmodell sein: es muss immer darum gehen, die für die Teilhabe eines Menschen notwendigen Mittel verfügbar zu machen. Wir unterstützen ausdrücklich die engagierten politischen Bemühungen des Städtetages und der Oberbürgermeister im Hinblick auf die Finanzierung der Eingliederungshilfe und anderer sozialen Aufgaben durch den Bund.

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!

Arbeiterwohlfahrt

Schule als Lebensraum für die Schülerinnen und Schüler gestalten!

Die Zukunft unserer Kinder muss auch in der Primarstufe unterstützt werden.

Mit dem Ausbau des Offenen Ganztages setzt Wuppertal die Entwicklung des Landes fort. Das ist gut für Wuppertal, denn noch immer gibt es Bedarfe und Wartelisten bei Plätzen in Wuppertaler Schulen.

Schule als Lebensraum gestalten bedeutet insbesondere, Bildungs- und Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler in Wuppertal zu erhöhen. Dieser Anspruch ist gut und wichtig - gerade für eine Stadt wie Wuppertal, denn er ermöglicht letztendlich soziale Teilhabe.

In der Praxis bleibt jedoch die Finanzierung des Offenen Ganztages leider in der Entwicklung zurück, wodurch der klare Bildungsauftrag mit der jetzigen Finanzierung nur schwer umzusetzen ist. Auch die ab 2015 eingeführte Erhöhung der Landesförderung um drei Prozent und die jährliche Anhebung der Pauschalen von Land und Kommunen ab 2016 um 1,5 Prozent reichen nicht aus, um fachlich qualifiziertes Personal zu finanzieren und langfristig auch zu halten.

Fakt ist, dass die Förderung und Bildung unserer Kinder von qualifiziertem Personal umgesetzt und die Personalschlüssel entsprechend ausgelegt werden müssen, damit die sinnvolle Verknüpfung von Schule, Sozial- und Freizeitpädagogik erfolgreich erhalten bleibt.

Dies bedeutet, dass die Weiterentwicklung des Offenen Ganztages mit Standards für das Personal und die Raumausstattung sowie Bildungs- und Freizeitangebote mit einer entsprechenden finanziellen Förderung von Land und Kommune ausgestattet werden muss.

Wir erwarten hierbei Ihre Unterstützung!